



# NEWSLETTER BERLIN



## ULRICH KELBER BONNS BUNDESTAGSABGEORDNETER

Ausgabe 10/2003 64. gesamt

22.05.2003

### Konsolidierung der Haushalte nicht aufgeben

Hans Eichel war bis letztes Jahr der Star der Regierung. Durch die hohen Wachstumsraten konnte er erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik gleichzeitig den Haushalt konsolidieren, die Steuern senken und mehr Geld für wichtige Zukunftsprojekte bereitstellen. Seine „finanzpolitischen Leitplanken“ waren populär.

Im dritten Jahr ohne wesentliches wirtschaftliches Wachstum wächst der Widerstand gegen die Konsolidierung der Haushalte. Die Opposition will Steuer-senkungen auf Pump, Gewerkschaften und Teile der SPD Investitionsprogramme durch Aufnahme neuer Schulden. Die nach der rasant wachsenden Verschuldung der Kohl-Ära gewonnene Einsicht, dass die Schulden von heute die Steuern von morgen sind, scheint weder im Parlament noch in den Leitartikeln der bürgerlichen Presse mehr zu gelten. Und das nur die durch Haushaltskonsolidierung auch langfristig finanzierten Zukunftsinvestitionen Arbeitsplätze schaffen und nicht kurzatmige Investitionsprogramme war schon einmal Grundkonsens.

#### 4000 Milliarden Euro Defizit

Man könne sich nicht aus einer Krise herausparen, hört man schnell als Gegenargument, wenn man sich gegen die beliebige Ausweitung der Neuverschuldung ausspricht. Dieser Satz ist naiv vor dem

Hintergrund von mehr als viertausend Milliarden Euro angehäuften Verbindlichkeiten in den Haushalten von Bund, Ländern, Kommunen und Sozialversicherungen. Den kommenden Generationen wird eine nicht mehr zu schulternde Last aufgeladen, die alle Debatten über soziale Gerechtigkeit und Investitionen in der Zukunft unmöglich erscheinen lässt. Unsere Kinder und



Enkel werden uns einst für unsere Maßlosigkeit der letzten Jahrzehnte verfluchen.

Dabei haben wir mit diesen Schulden nur sehr begrenzt Zukunft geschaffen. Die Masse der Ausgaben gehen woanders hin. Zinsen für alte Schulden machen im Bundeshaushalt 2002 bereits fast fünfzehn, die Bundesausgaben für Pensionen und Renten

neunundzwanzig Prozent aus.

#### Unsere Aufgabe: Zukunft finanzieren

Zusammen mit den Ausgaben für den Arbeitsmarkt und andere soziale Aufgaben werden bereits 62 Prozent des Bundeshaushalts für diese Dinge ausgegeben. Die Schuld daran tragen Politiker und Medien, die über Jahrzehnte neue Aufgaben immer wieder über Schulden finanziert haben. Zunehmend fehlen uns die Finanzen, Zukunft zu gewinnen, weil wir mit der Finanzierung von Vergangenheit und Gegenwart schon überfordert sind. Und dabei liegt die größte Herausforderung durch die demographische Veränderung unserer Gesellschaft noch vor uns.

Mit der Haushaltskonsolidierung haben wir zukunftsorientierte Ausgaben seit 1998 wieder leicht steigern können. Insbesondere die Ausgaben für Bildung, Wissenschaft und Forschung konnten um fünfundzwanzig Prozent angehoben werden. Trotz-



Themen in dieser Ausgabe:

- Haushaltskonsolidierung
- Herr R. aus B
- Aktionsplan Verbraucherschutz

dem machen diese Ausgaben zusammen gerade einmal 4,6 Prozent des Bundeshaushalts 2002 aus. Die Konsolidierung der Haushalte muss also weitergehen. Mit mehr Mühe als bisher, aber unter Nutzung der ersten Erfolge.

### Das kurze Gedächtnis des Günter R.

Berlin, 21.5.2003. Debatte über die wirtschaftliche Situation Deutschlands. Das Wort erhält der Abgeordnete Dr. Günter Rexrodt (FDP). Erstens: Zwei Hauptbotschaften hat er: Rot/Grün habe Deutschland zum Schlußlicht in Europa gemacht. Zweitens: Mit der Agenda 2010 würde Rot/Grün endlich auf das hören, was er schon seit zehn Jahren zur Gesundung Deutschlands vorschläge. Donnernder Applaus von CDU, CSU und FDP.



Rexrodt? Da war doch was?

Bonn, Januar 1993. Dr. Günter Rexrodt wird Bundeswirtschaftsminister. Am Ende des Jahres ist die deutsche Wirtschaft um über ein Prozent geschrumpft, während die Weltwirtschaft boomt. Fast sechs Jahre lang bleibt Rexrodt Wirtschaftsminister, 1995 präsentiert ihm die OECD eine weitere schlechte Nachricht: Zum ersten Mal in der deutschen Geschichte ist Deutschland Schlußlicht unter den fünfzehn EU-Staaten.

Bis heute ist Deutschland immer auf einem der letzten Plätze geblieben. Ob das daran liegt, dass niemand auf die Vorschläge von Herrn Rexrodt gehört hat? Immerhin war er sechs Jahre lang für die deutsche Wirtschaftspolitik verantwortlich. Aber das hat er wohl vergessen gehabt, als er sich auf die letzten zehn Jahre bezog.

### Aktionsplan Verbraucherschutz verabschiedet

Das Bundeskabinett hat dem im Koalitionsvertrag vereinbarten und von Bundesverbraucherministerin Renate Künast vorgelegten Aktionsplan Verbraucherschutz zugestimmt. Mit dem Aktionsplan wird die Bedeutung unterstrichen, die die Bundesregierung dem Verbraucherschutz beimisst. Durch Unterstützung von Wettbewerb, Informationsrechten und Entscheidungsfreiheit schafft Verbraucherpolitik mehr Lebensqualität und Wohlstand. Davon profitieren Wirtschaft und Verbraucher gleichermaßen.

Im Aktionsplan Verbraucherschutz sind erstmals alle wichtigen verbraucherpolitischen Vorhaben des Bundes über alle Politikbereiche hinweg zusammengestellt. Der verbraucherpolitische Handlungsrahmen wird da-

mit aufgezeigt. Der Aktionsplan ist Grundlage für die Weiterentwicklung des Verbraucherschutzes.

Ein Schwerpunkt im Aktionsplan ist der vorsorgende gesundheitliche Verbraucherschutz. Neben Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensmittelsicherheit soll der Verbraucherschutz bei Bedarfsgegenständen, Kosmetika, Bioziden sowie bei der Geräte- und Produktsicherheit verbessert werden.

Der vorsorgende Schutz der wirtschaftlichen Interessen der Verbraucher ist ein zweiter Schwerpunkt. Der Handlungsrahmen reicht hier vom Wettbewerbsrecht über Telekommunikation, Finanzdienstleistungen, Versicherungen und öffentlichen Personenverkehr bis hin zur Vertragstransparenz im Bereich von Pflege und

Betreuung. Verbesserte Informationsrechte und die Stärkung der Rechtsposition der Verbraucherinnen und Verbraucher dienen nicht nur ihrer Selbstbestimmung, sondern auch der Funktionsfähigkeit der Märkte.

Die Bundesregierung setzt als dritten Schwerpunkt ihrer Verbraucherpolitik auf die Stärkung der Eigenverantwortung. Eine große Zahl an Vorhaben des Aktionsplans zielt auf einen besseren Zugang zu Information sowie auf Kennzeichnung und Zertifizierung. Mehr Transparenz hilft den Verbraucherinnen und Verbrauchern, informiert und selbstbestimmt zu entscheiden.

Der Aktionsplan Verbraucherschutz ist als PDF-Datei (1,4 MB) abrufbar unter:

[www.verbraucherministerium.de](http://www.verbraucherministerium.de)

*Ihr hättet mir ja auch kündigen können...*

*Nicht bei den Stornogebühren!!*



#### Kontakt:

Bundestagsbüro Berlin  
 Platz der Republik 1 (UdL 50)  
 11011 Berlin  
 Tel: 030 – 227 700 26  
 Fax: 030 – 227 76 008  
 Email: [ulrich.kelber@bundestag.de](mailto:ulrich.kelber@bundestag.de)  
 Internet: [www.kelber.de](http://www.kelber.de)

SPD-Bürgerbüro Bonn  
 Clemens-August-Str. 64  
 53115 Bonn  
 Tel: 0228 – 280 31 35  
 Fax: 0228 – 280 31 36  
 Email: [ulrich.kelber@wk.bundestag.de](mailto:ulrich.kelber@wk.bundestag.de)